Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7368**
18. Wahlperiode 27.01.2016

Antrag

der Abgeordneten Kerstin Andreae, Oliver Krischer, Katharina Dröge, Dieter Janecek, Peter Meiwald, Dr. Gerhard Schick, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Harald Ebner, Dr. Thomas Gambke, Matthias Gastel, Kai Gehring, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, Sven-Christian Kindler, Christian Kühn (Tübingen), Markus Kurth, Dr. Tobias Lindner, Beate Müller-Gemmeke, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Corinna Rüffer, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Kordula Schulz-Asche, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Doris Wagner, Beate Walter-Rosenheimer, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jahreswohlstandsbericht einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der wirtschaftliche Erfolg in unserem Land kommt bei vielen Menschen nicht an. Weder die Einkommen noch die Zukunftschancen sind fair verteilt. Wir wirtschaften allzu oft auf Kosten von Mensch, Natur und Umwelt. Das schlägt sich aber im klassischen Wohlstandsmaßstab – dem Bruttoinlandsprodukt – nicht nieder. Ein umfassender Wohlstandsbericht, in dem neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen anhand messbarer Kriterien dargestellt werden, hilft dabei, die Debatte über Fehlentwicklungen und politische Handlungserfordernisse zu versachlichen und zu intensivieren.

Wissenschaftlich fundierte Daten belegen den Eindruck, dass unser Wirtschaften nicht nachhaltig ist. So wird seit 2010 der ökologische Fußbadruck in Deutschland wieder größer. Gemäß Prognosewert für 2015 sind damit alle Fortschritte seit etwa 20 Jahren wieder rückgängig gemacht. Der biologische Fußabdruck liegt deutlich über der Biokapazität. Deutschland verbraucht also deutlich mehr Naturkapital, als die ökologischen Grenzen es erlauben. Auch die Artenvielfalt hat seit 2008 noch einmal deutlich abgenommen. Der Erhalt der Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen ist eine wesentliche Voraussetzung für einen leistungsfähigen Naturhaushalt und bildet eine wichtige Lebensgrundlage des Menschen. Die Einkommen sind im letzten Jahr so ungleich verteilt wie noch nie seit 20 Jahren. Diese Fehlentwicklungen untergraben die langfristigen Grundlagen unseres wirtschaftlichen Erfolges und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, werden vom Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung aber bisher ignoriert.

Alle Bundestagsfraktionen diskutierten in der vergangenen Legislaturperiode zweieinhalb Jahre lang über ein neues Wohlstandsmaß in der Enquete-Kommission

„Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität". Ein zentrales Ergebnis dieser Kommission findet sich im Schlussbericht:

„Ausgehend von der Erkenntnis, dass Wohlstand mehr ist als „Materieller Wohlstand" empfiehlt die Enquete-Kommission dem Deutschen Bundestag, ein neues Wohlstands- und Fortschrittsmaß zu etablieren."

Dieses Ergebnis wurde von allen Fraktionen beschlossen. Doch die Bundesregierung fixiert weiterhin zu sehr auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maß für den Wohlstand in Deutschland.

Auch durch den von der Bundesregierung eingeleiteten Prozess unter dem Titel „gut leben in Deutschland" erhält der Auftrag für einen alternativen Wohlstandsbericht keine Unterstützung. Im Gegenteil: Dieser Prozess konterkariert bereits bestehende Konzepte, wie die nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Denn es werden ausschließlich Indikatoren auf der gesellschaftlichen Mikroebene betrachtet, die auf Zufriedenheit mit dem privaten und beruflichen Leben sowie das unmittelbare Lebensumfeld fokussieren. Indikatoren zur Betrachtung einer nachhaltigen Entwicklung auf der politischen Makroebene werden dagegen komplett ausgeblendet.

Ein Wohlstandsbericht, der als neues politisches Instrument jedes Jahr im Januar den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ergänzt, ermöglicht eine wissenschaftlich fundierte Diskussion der Wirkungen der Regierungsarbeit auch auf die Bereiche, die im Jahreswirtschaftsbericht – mit der Fokussierung auf die Entwicklung des BIP – ausgeblendet werden.

Bei der Konzeption des Berichts ist es wichtig, ihn im Zusammenhang anderer Berichterstattungssysteme, wie z. B. zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, zu sehen und ihn hier schlüssig zu verorten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zeitgleich mit dem Jahreswirtschaftsbericht ab dem Jahr 2017 einen Jahreswohlstandsbericht vorzulegen;
2. in seiner Grundstruktur soll der Wohlstandsbericht vier Dimensionen mit je zwei Kernindikatoren beschreiben. Folgende Dimensionen sollen beschrieben werden:
   a. eine ökologische Dimension (Indikatoren zum Verbrauch natürlicher Ressourcen und zur Biodiversität),
   b. eine soziale Dimension (Indikatoren zur Einkommensverteilung sowie zum Bildungs- oder Gesundheitsstand),
   c. eine ökonomische Dimension (Indikatoren zur Wohlfahrtsentwicklung und zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft),
   d. eine gesellschaftliche Dimension (Indikatoren zur Lebenszufriedenheit und zur Good Governance).

Berlin, den 26. Januar 2016

Katrin-Göring Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Jahreswirtschaftsberichte sind traditionell eine der wichtigsten Veröffentlichungen im Jahr, um die eigene Sichtweise und die Verortung des erreichten Standes darzulegen: Dies spiegelt die Interpretation der Geschehnisse wider als auch die Projektionen der Entwicklungen im nächsten Jahr sowie die angekündigten politischen Programme, Maßnahmen und Vorschläge.

Der Jahreswirtschaftsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist einer der Anlässe, sich mit dem traditionellen Denkmodell des Wirtschaftens auseinanderzusetzen. Ein neu eingeführter Jahreswohlstandsbericht soll den Wirtschaftsbericht relativieren und vor allem weiterführen. Es geht um ein anderes Verständnis des Zusammenhangs von Wirtschaftswachstum und Lebensqualität – eine Differenz, die nur durch eine fundierte Berichterstattung in einen konstruktiven gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess überführt werden soll.

Die Kritik von wissenschaftlicher Seite am Stellenwert des Bruttoinlandsprodukts als zentrale Kennziffer in Wirtschaft und Politik ist umfassend. Der Abbau von Ressourcen und der Verbrauch von Naturkapital sind im BIP nicht berücksichtigt. Während auf Unternehmensebene der Rückgang beispielsweise von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenübergestellt wird und Abschreibungen erfolgen, nehmen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dies nicht vor. Umweltschäden können mit Reparaturmaßnahmen teilweise beseitigt oder abgemildert werden. Diese Kosten erscheinen dann im BIP als Steigerung, obwohl sie im Grunde nur den Status quo wiederherstellen, der vor der Umweltschädigung existierte. Dagegen kann die Vermeidung von Schäden und Folgekosten in der Zukunft, etwa durch Unterlassen bestimmter wirtschaftlicher Aktivitäten heute, zu einer Verringerung des BIP führen. Die langfristigen positiven Folgen derartiger Unterlassungen werden in der herkömmlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht abgebildet. Die Verteilung der Einkommen werden im BIP nicht beachtet; einem bestimmten BIP sieht man nicht an, ob es der Bevölkerung in etwa gleicher Weise zur Verfügung steht oder ob etwa Zuwächse nur einem sehr kleinen Teil an Kapitaleignern zu Gute kommen. Wenn das BIP als Wohlfahrtsmaß verwendet wird, steht dies im Grunde sogar im Widerspruch zur klassischen Wohlfahrtsökonomie, denn der Wohlfahrtszuwachs eines Euro ist in der Regel für jemanden mit geringem Einkommen deutlich größer, als für jemanden mit beträchtlich höherem Einkommen.

Das BIP signalisiert aufgrund seiner „sozialen Gleichgültigkeit“ einerseits und seiner „Naturvergessenheit“ andererseits einen Wohlstand, der sich im Lichte einer Orientierung an gesamtgesellschaftlichem Wohlstand zunehmend als illusionär erweist. Denn in der Regel wird ignoriert, dass das wirtschaftliche Wachstum sich massiv auf Vorleistungen aus dem sozialen System sowie dem ökologischen System stützt.

Diese umfassende Kritik bewog die fraktionsübergreifende Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages, bereits im Einsetzungsbeschluss ein explizites Ziel in der Entwicklung eines gegenüber dem BIP weiterreichenden Indikatorsets zu beschließen. Der Jahreswohlstandsbericht stellt vor diesem Hintergrund eine Initiative dar, durch die nachträglich auch das ursprüngliche Anliegen der Enquete-Kommission fortgeführt und präzisiert werden kann.

Begründung der gewählten Struktur:

Ausgangspunkt ist die These, dass das traditionelle wachstumszentrierte Modell gesellschaftliche Wohlfahrt teilweise untergräbt und somit faktisch einen illusionären Wohlstand signalisiert. Wesentliche Komponenten für gesellschaftliche Wohlfahrt werden in den Bilanzierungen ignoriert, insbesondere die Entwicklung von Human- und Sozialkapital sowie Naturkapital. Die Gesamtheit gesellschaftlichen Wohlstands kann nur dann sinnvoll beschrieben werden, wenn man die Dimensionen und Teilbereiche betrachtet, aus denen sich diese Gesamtheit zusammensetzt. Hier sind verschiedene Perspektiven möglich, die diese Teilbereiche in einen theoretisch fundierten Gesamtzusammenhang stellen:

(1) Ein engeres Konzept geht vom Kapitalbegriff aus, erweitert diesen jedoch deutlich.

Als Grundlage für den gesellschaftlichen Wohlstand wird in der Regel das verfügbare produktive Kapital einschließlich des verfügbaren finanziellen Kapitals einer Volkswirtschaft gesehen. Zwar ist anerkannt, dass Faktoren wie eine gute Bildung, berufliche Flexibilität, soziale Sicherheit und Motivation unerlässlich für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt sind, jedoch wird das hier eigentlich angesprochene Potenzial an persönlichen Fähigkeiten und sozialer Stabilität selbst nicht als Teil gesellschaftlichen Wohlstands gesehen. In einem Wohlstandskonzept sind dies jedoch gleichfalls „Assets“, im Sinne persönlicher wie sozialer Faktoren und Potenziale, die einen wesentlichen Bestandteil des materiellen und auch immateriellen Wohlstands ausmachen.

Gleiches gilt für die Qualität von Ökosystemen, die von relativ naturnahen Schutzgebieten über stark genutzte Agrarökosysteme bis hin zu urbanen Ökosystemen reichen. Außer, dass diese sicherlich auch einen „Wert an sich" darstellen und nicht a priori unter utilitaristischem Blickwinkel betrachtet werden dürfen, sind relativ intakte Ökosysteme Voraussetzung für die „Ecosystemservices", also Funktionen, welche diese Systeme für den Menschen erfüllen.

Berücksichtigt man diese grundlegenden „Kapitalbereiche" in einem Jahreswohlstandsbericht konzeptionell, so kann wirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum immer nur vor dem Hintergrund einer Erhaltung und möglichst sogar Förderung von Human-, Sozial- und Naturkapital verstanden werden. Es geht sinnvollerweise um ein qualitatives Wachstum, bei gleichzeitigem Strukturwandel mit schrumpfenden und florierenden Sektoren, mit dem Ziel, die ökologischen und sozialen Begleit- und Folgekosten zu senken sowie insgesamt die gesellschaftliche Wohlfahrt zu erhöhen.

(2) Erweiterung um den Bereich „Institutionen"

Über die grundlegenden Kapitalvarianten hinaus soll in einem Jahreswohlstandsbericht auch der „Reichtum" einer Gesellschaft angesprochen werden, welcher sich auf ein funktionierendes Staatswesen, rechtlich verankerte demokratische Prozesse und andere institutionelle Errungenschaften stützt, wie die Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation.

Ein Stichwort ist in diesem Zusammenhang das „intangible Kapital", dem beispielsweise die Weltbank in ihren Länderstudien eine große Bedeutung beimisst; dort wird sogar häufiger konstatiert, dass diese Form des Wohlstands letztlich ausschlaggebender ist als der natürliche Reichtum bzw. die natürlichen Ressourcen eines Landes oder das Bildungsniveau und andere Handlungskapazitäten, welche jedoch ohne demokratischen Rahmen eher in Korruption, Elitenbildung und soziale Ungleichheit münden würden. Es erscheint durchaus zielführend, dieses Total-Wealth-Konzept (Weltbank 2011) als eine Grundlage für die konzeptionelle Ausarbeitung des Jahreswohlstandsberichtes zu nutzen.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333